

Methodik

Zur Dokumentation von Rechtsextremismus in Deutschland

Karten als Hilfsmittel

Erkenntnisse über die regionale Differenzierung von rechtsextremer Gewalt können Anhaltspunkte für regionsspezifische Strategien gegen Rechtsextremismus bieten. Es stellt sich jedoch die Frage, ob eine kartographische Darstellung nicht unweigerlich eine Stigmatisierung und Homogenisierung von bestimmten Regionen bewirkt und gleichzeitig Sicherheit und die Abwesenheit von rechtsextremen Einstellungen in anderen Regionen suggeriert. Andererseits führt ein vollständiger Verzicht der konkreten, auch räumlichen Benennung zum berechtigten Vorwurf der Ignoranz, Verdrängung und Verharmlosung.

Daher wird im vorliegenden Beitrag eine Darstellungsweise gewählt, die zwar eine räumliche Differenzierung von Erscheinungsformen des Rechtsextremismus kartographisch aufzeigt, gleichzeitig aber deren *Produktionsprozess* offen legt. In konstruktivistischer Perspektive wird dabei bei jedem vermeintlichen Indikator kritisch hinterfragt, wer mit welchem Anspruch die Daten erhebt und veröffentlicht und welches Phänomen *tatsächlich* kartiert worden ist, um so einer Pseudoobjektivierung und Essentialisierung entgegenzuwirken.

Rechtsextreme Einstellungen und Wahlverhalten

Da bezüglich der Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in der Bevölkerung keine regionalisierten Daten vorliegen, wird als indirekter Indikator das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2005 (**Karte 1**) sowie bei den Landtagswahlen in Sachsen 2004 (**Karte 5**) und in Bayern 2008 (**Karte 6**) gewählt. Dargestellt wird folglich das Wahlverhalten, nicht die Verbreitung rechtsextremer Ideologien.

Amtliche Kriminalitätsstatistiken

Im Hinblick auf rechte Gewalt werden in der Regel die Daten der Verfassungsschutzämter verwendet (WEHLING 2001, S. 92f; **Karte 2**). Zwar wird die „politisch motivierte Kriminalität – rechts“ (PMK-rechts) seit 2001 nach einheitlichen Kriterien erfasst (**Graphik 1**), allerdings durchläuft auch hier jede soziale Praxis die typischen Filter polizeilicher Kriminalstatistik (BELINA 2007, BELINA/ROLFES 2006): Zuerst muss eine Handlung gegen ein bestehendes Gesetz verstoßen, dann muss der Gesetzesverstoß als solcher wahrgenommen und zur Anzeige gebracht werden. Erst wenn diese dann aufgenommen wird, erscheint sie auch in der Kriminalstatistik. Ob die Straftat aber zusätzlich von den Polizeibehörden als politisch motiviert eingeordnet wird, ist trotz einheitlicher Kriterien keineswegs so eindeutig, wie es die amtliche Statistik suggeriert. Insbesondere das Interesse von politischen Entscheidungsträgern, die regionale oder landesspezifische rechtsextreme Kriminalität möglichst gering zu halten, da mit jedem Übergriff ein



Imageschaden befürchtet wird (BELINA 2002), kann die offiziellen Zahlen verfälschen. Besonders offensichtlich wurde dies 2007, als bekannt wurde, dass das Landeskriminalamt Sachsen-Anhalt auf politischen Druck hin die Statistiken „geschönt“ hatte (DIE WELT 01.11.2007) und dadurch die Zahl der Fälle mit rechtsextremem Hintergrund um 55% zurückgegangen war.

Selbst bei Angaben zu Todesopfern besteht bei weitem keine Einheitlichkeit. Während die Polizeien der Länder insgesamt 40 Todesopfer seit der deutschen Einheit vermelden (DER TAGESSPIEGEL 10.12.2008), zählen beispielsweise Opferberatungsprojekte 140 Tote (**Karten 4 u. 7; Graphik 3**). Bei den amtlichen Daten zur PMK-rechts handelt es sich um einen Rechenschaftsbericht der Polizei- und Verfassungsschutzbehörden und nicht um eine „objektive“ Beschreibung rechter Gewalt; eine Berücksichtigung der entsprechenden Todesopfer rechtsextremer Gewalt in einer Karte ist nicht möglich, da die statistischen Angaben keine räumlichen Bezüge aufweisen.

Datengrundlage zum „Medienecho“

Auf Grundlage der sicherlich unvollständigen Chronik rechtsextremer Gewalt, zusammengestellt von der Amadeu-Antonio-Stiftung und der Redaktion www.mut-gegen-rechte-gewalt.de, ist das Medienecho auf rechtsextreme Vorfälle zwischen 2004 und 2008 auf lokaler Ebene dargestellt (**Karten 3, 5 u. 6; Graphik 3**). Auch bei dieser Methode werden nicht einfach „rechte Vorfälle“ kartiert, sondern deren mediale Repräsentation. Die Anwesenheit von dokumentierenden Opferberatungsstellen und die Qualität von zivilgesellschaftlichem und antifaschistischem Widerstand beeinflussen neben mediensoziologischen Prozessen das Resultat. Beispielsweise ließe sich die vermeintliche Abwesenheit rechter Vorfälle auch auf die Ignoranz der Lokalpresse zurückführen.

Die kartographische Darstellung ist folglich in mehrfacher Hinsicht keine „objektive“ Beschreibung der Verbreitung rechtsextremer Ideologie und Gewalt. Dennoch ermöglicht sie – mit Vorsicht betrachtet – die Visualisierung räumlicher Schwerpunkte und kann daher bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus ein hilfreiches Werkzeug darstellen.